



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Dr. Werner Faymann,
sehr geehrter Herr Vizekanzler und Finanzminister Dr. Michael Spindelegger,

der Dachverband Familienberatung, ein landesweiter Zusammenschluss der Rechtsträger von Familienberatungsstellen, wendet sich mit folgendem Ansuchen an Sie:

2014, im Internationalen Jahr der Familien, droht das Aus für die seit vierzig Jahren bestehenden Familienberatungsstellen Österreichs. Durch das Budgetloch von über 2,8 Millionen Euro herrscht eine äußerst prekäre finanzielle Situation, die die Gewährleistung der psychosozialen Versorgung der Menschen in Österreich massiv gefährdet.

Wir bitten Sie dringend, die Vorgabe an das Ministerium für Familien und Jugend von Einsparungen in der Höhe von 70 Millionen Euro zu überdenken und das derzeit bestehende Budgetloch zu decken. Bei weiteren budgetären Kürzungen sowie keiner Schließung des Finanzlochs droht den Familienberatungsstellen Österreichs noch im heurigen Jahr der finanzielle Kollaps.

2013 wurden in den insgesamt 420 Familienberatungsstellen in Österreich flächendeckend 234.00 Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, Paare und Familien beraten und betreut. Familienberatungsstellen sind vom Bund anerkannte Beratungseinrichtungen zur Förderung der individuellen körperlichen, sozialen und psychischen Gesundheit, sowie der Stabilität von Ehen, Eingetragenen Partnerschaften und Lebensgemeinschaften. Familienberatungsstellen stehen somit für die Vielfalt der heutigen Familienformen in Österreich, worauf auch der Plural in der Bezeichnung des derzeitigen Ministeriums für Familien und Jugend verweist. Eine sozial ausgewogene, gerechte und unterstützend wirkende Familienpolitik sollte deshalb ermöglicht werden.

Im Familienberatungsförderungsgesetz hat sich der Bund verpflichtet, professionelle Familienberatung zu fördern. Laut diesem Gesetz dürfen in Familienberatungsstellen nur Professionalistinnen und Professionalisten aus dem psychosozialen Bereich arbeiten, und die Beratungen müssen kostenlos und anonym sein. Seit 2007 hat es trotz Index-Steigerung und Erhöhung der Lohnkosten für Familienberatungsstellen keine Budgeterhöhung mehr gegeben. Das Budget für die österreichischen Familienberatungsstellen ist somit seit 2007 eingefroren, und nun sogar von Kürzungen bedroht.

Die Auswirkungen der fatalen finanziellen Situation sind umfassend: Derzeit sind zahlreiche Familienberatungsstellen akut in ihrer Existenz bedroht, viele mussten ihre Tätigkeit bereits stark einschränken. In Zeiten der Wirtschaftskrise in der durch Burn Out, drohenden Verlust des Arbeitsplatzes, Arbeitslosigkeit, sowie Verschuldungs- und Armutsgefahr, ein stark vermehrter Bedarf nach professioneller, psychosozialer Betreuung besteht, müssen Beratungszeiten stark gekürzt werden. Dies ist aufgrund der schwerwiegenden Belastungssituationen für österreichische Familien verheerend.

Ein weiteres gravierendes Problem ist, dass kompetente Beraterinnen und Berater aufgrund von Niedrighonorarsätzen, die seit 1996 nicht erhöht wurden, zunehmend abwandern. Die Folge sind sinkende Kompetenz bei deutlich gestiegenen Beratungsanforderungen, sowie extrem lange Wartelisten. So musste – um nur ein Beispiel zu nennen – ein 13-Jähriges Mädchen nach sexuellem Missbrauch ein halbes Jahr auf einen Betreuungsplatz in einer entsprechenden Einrichtung warten.

Sollte das Finanzloch nicht behoben werden, müssen 20.000 Beratungsstunden eingespart werden. Die volkswirtschaftlichen Kosten mangelnder Unterstützung von Familien in beruflichen, psychischen, sozialen und innerfamiliären Drucksituationen sind durch zahlreiche psychische Folgeerkrankungen wie Depression, Panikstörungen, Erschöpfungssyndrom, Suchtgefährdung, sowie der Zunahme von Aggression und Gewaltformen, wie zahlreiche Studien wissenschaftlich belegen, enorm.

In Familienberatungsstellen finden Familien und deren Angehörige, Paare, Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche kostenfreie, anonyme Unterstützung und Beratung in vielfältigen Krisen wie bei Erziehungsproblemen, Paarkonflikten, Trennungen, Kindesmisshandlungen, schulischen Problemen, Arbeitslosigkeit, Behinderung, Migration, Mobbing, psychischen Problemen, Gewalt, Sucht etc.

Ziel ist neben Hilfestellung in aktuellen Krisenfällen, auch umfassende Vorsorge. Präventionsarbeit und Investition in psychosoziale Präventionsleistungen fördert nachweislich die Volksgesundheit und sorgt somit auf längere Sicht für bedeutend geringere volkswirtschaftliche Kosten.

Spezialisierte Beratungsstellen für gleichgeschlechtliche und transgender Menschen, sowie Beratungsstellen für Menschen mit Migrationshintergrund sind aufgrund der heutigen Vielfalt an Familienformen in Österreich ebenso unerlässlich – und nun aufgrund der katastrophalen finanziellen Situation ebenfalls vom Zusperrren bedroht.

Das Finanzloch von 2,8 Millionen Euro muss umgehend gedeckt werden – sonst steht die umfassende, psychosoziale Versorgung bei zunehmend steigendem Bedarf an professioneller Beratung auf dem Spiel. Wenn die für die psychosoziale Gesundheit unersetzlich gewordenen allgemeinen Familienberatungsstellen des Landes erhalten, sowie wichtige Schwerpunkt-beratungsstellen flächendeckend abgesichert werden sollen, dann würden pro Jahr 20 Millionen Euro an Förderungen benötigt werden. Derzeit beträgt das Budget für die insgesamt 420 Familienberatungsstellen in Österreich 11,6 Millionen Euro. Dieses Budget wurde von den Regierungen seit 2007 – trotz des stark vermehrten Bedarfs nach professioneller, psychosozialer Beratung und Prävention infolge der Wirtschaftskrise – nicht erhöht.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und verbleiben hochachtungsvoll,
für die SprecherInnengruppe des Dachverbands Familienberatung,

Mag. Johannes Wahala, Mediensprecher

Rückfragen:

Email: j.wahala@courage-beratung.at

Telefon: 01/ 585 69 60

Anschrift: 1060 Wien, Windmühlgasse 15/1/7